

**Gegenstand: Wahl des/der 2. hauptamtlichen Beigeordneten der Stadt Speyer**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nach § 40 GemO nur Personen gewählt werden können, die dem Rat aus dem Feld der fristgerecht eingegangenen Bewerbungen vorgeschlagen werden. Von den ursprünglich 5 Bewerbungen wurden 2 zurückgezogen; die verbliebenen 3 Bewerberinnen und Bewerber sind im Saal anwesend. Er ruft die Fraktionen auf, Wahlvorschläge aus dem Kreis der Bewerbungen für die Wahl zum Amt des/der 2. hauptamtlichen Beigeordneten einzubringen.

Herr Feiniler benennt als Vorschlag der SPD-Fraktion Frau Stefanie Seiler, der er eine parteiübergreifende und offene Arbeit für alle Bürgerinnen und Bürger bescheinigt.

Herr Jaberg schlägt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Irmgard Münch-Weinmann vor.

Frau Dr. Kremp bezeichnet die heutige Wahl als Farce, da das Ergebnis schon aus dem Koalitionsvertrag feststeht. Sie fühle sich hier nicht zum ersten Mal wie in einem Marionettentheater und nicht wie in einer demokratischen Versammlung. Personen, die 2007 den Posten vehement abschaffen wollten, kandidieren heute zur Wahl. Sie bemüht ein bekanntes Zitat von Altbundeskanzler Adenauer. Die große Koalition hat sich auf die insgesamt teuerste Lösung für Speyer verständigt, da neben den laufenden Bezügen für Frau Seiler auch die Versorgungsbezüge für Herrn Scheid gezahlt werden müssen. Die SWG schlägt daher erneut Frank Scheid vor, der in den vergangenen Jahren gute Arbeit geleistet hat.

Herr C. Ableiter sieht eine moralische Komponente neben der rechtlichen. Die BGS habe die dritte hauptamtliche Stelle immer kritisiert. Er rechnet Kosten für 8 Jahre von rund 600.000 € an Bezügen zuzüglich der Versorgungsbezüge für die ehemaligen Beigeordneten hoch. Das geht insgesamt in die Millionen und sei umso bedenklicher, als man kein Geld für Erzieherinnen hat.

Er wird vom OB zur Tagesordnung gerufen, da die Entscheidung über die Einrichtung einer hauptamtlichen Beigeordnetenstelle nicht zur Debatte steht. Daraufhin ruft Herr C. Ableiter die Ratsmitglieder auf, keinen der Wahlvorschläge zu wählen.

Herr Dr. Mohler schließt sich diesem Appell an, ebenso Herr Förster, der den Presseaufruf der SPD aus 2007 zur Beigeordnetenstelle nochmals verliest.

Anschließend stellen sich die drei vorgeschlagenen Personen dem Stadtrat nochmals kurz vor und erläutern Ihre Beweggründe für die Kandidatur sowie ihre persönlichen Schwerpunkte einer möglichen Aufgabenwahrnehmung.

Zu Beginn der Wahlhandlung erläutert der Vorsitzende, dass Stimmzettel ausgegeben werden, welche die Wahlvorschläge in chronologischer Reihenfolge des Eingangs der Bewerbung enthalten. Die Ratsmitglieder erhalten Hinweise zum technischen Ablauf der Stimmabgabe. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Ratsmitglieder erhält. Herr Peterhans (FDP) und Herr Dr. Heisel (SWG) werden als Assistenz bei der Stimmenauszählung berufen. Sie überzeugen sich davon, dass die Wahlurne vor Beginn der Wahl leer ist. Anschließend werden die Ratsmitglieder namentlich in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe in geheimer Wahl aufgerufen.

Nach Abschluss der Wahlhandlung befinden sich 40 Stimmzettel in der Wahlurne, dies entspricht der Zahl der anwesenden Ratsmitglieder. Von den 40 Stimmzetteln ist 1 ungültig; 4 Stimmzettel sind nicht markiert und damit Enthaltungen. Die Stimmenmehrheit wird aus 35 abgegebenen, gültigen Stimmen ermittelt. Es entfallen auf:

Frank Scheid	7 Stimmen
Stefanie Seiler	23 Stimmen
Irmgard Münch-Weinmann	5 Stimmen

Damit ist Frau Seiler im ersten Wahlgang gewählt. Sie nimmt die Wahl an.  
Anschließend erfolgt eine fünfminütige Sitzungsunterbrechung.

**Gegenstand: Forsteinrichtungswerk 2015 – 2025;  
Forstwirtschaftliche Behandlung des südlichen Speyerer Auwaldes;  
gemeinsame Beratung und Beschlussfassung über folgende Anträge:**

**Erarbeitung eines Managementplans für das Forsteinrichtungswerk;  
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.11.2014  
Vorlage Nr. 1428/2014**

**Forsteinrichtungswerk 2015 - 2025; südlicher Auwald;  
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 11.12.2014  
Vorlage Nr. 1464/2015**

**Ergänzungsantrag zu dem Forsteinrichtungswerk;  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 09.02.2015  
(Aushändigung in der Sitzung als Tischvorlage)  
Vorlage Nr. 1428/2014/1**

Die Punkte zu diesem Thema werden gemeinsam beraten.

Die Vorlagen sind dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf einen heute in der Sitzung verteilten Ergänzungsantrag der Grünen zum versandten CDU-Antrag. Nach Aussage der Fraktion wird der frühere Antrag vom 04.11.2014 damit abgelöst und zurückgezogen.

Die Begründung des CDU-Antrags erfolgt durch Herrn Dr. Jung. Ausschlaggebend war die Sitzung des Umweltausschusses vom März 2014, in der die Forstverwaltung einen völlig unangemessenen Bewirtschaftungsstreifen von 50 m forderte. Bei einer Begehung des Auwaldes mit Vertretern des BUND wurde deutlich, dass der Wald ökologisch dort am wertvollsten ist, wo er seit der Rheinbegradigung in Ruhe gelassen wurde. Auf Antrag der CDU fand am 04.12.2014 ein Hearing statt. Zielsetzung des Antrags ist, die noch 45 Hektar des wertvollen Waldbestandes weitgehend naturnah sich selbst zu überlassen. Weitgehend bedeutet, standortfremde Pflanzen, z.B. die Goldrute, zu bekämpfen. Weitere Spielregel ist, dass Eingriffe im Wegebereich nur zur ökologischen Verbesserung nach Anhörung des Naturschutzbeirats und auf Beschluss durch den UA stattfinden dürfen. Durch die oberste Landesnaturschutzbehörde wurde die Bereitschaft für ein Monitoring signalisiert. Es wird angeregt, Führungen für naturinteressierte Besucher anzubieten.

Herr Seither sieht die Entwicklung der Entscheidungsfindung bei der SPD ähnlich. Nach kontroverser Diskussion kam die SPD zu einem identischen Ergebnis. Die kartographierten artenarmen Bereiche sollen unter Beteiligung des UA weiterentwickelt werden.

Laut Frau Dr. Kremp ist die Diskussion nicht neu; bereits 2009 wurde ein entsprechender Antrag der Wählergruppe eingebracht, jedoch war die Mehrheit dazu noch nicht bereit. Der Rat konnte sich koalitionsbedingt nur zu einem 25 %-Kompromiss durchringen. Nun findet sie exakt die Forderungen im Antrag der CDU wieder.

Der Ergänzungsantrag der Grünen betrifft nach Aussage von Herrn Jaberg ein Wegekonzept für eine fußläufige Nutzung des südlichen Auwaldes. Heute könne ein großer Tag für den Naturschutz in Speyer werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen engagieren sich seit vielen Jahren für die Entwicklung des Auwaldes als Biotop über die Region hinaus. Außerdem handelt es sich um ein FFH- und Natura 2000-Gebiet, was der Forst bisher so nicht berücksichtigt hatte

Der Vorsitzende verweist darauf, dass Forsteinrichtung und Natura 2000 zwei nebeneinander liegende Fachplanungen sind. Er schlägt als Auflage vor, die Landesforstbehörde möge die Vorgaben der Natura 2000-Planungen in der Forsteinrichtung für den gesamten Stadtwald berücksichtigen, was dann im UA vorgestellt wird.

Herr C. Ableiter freut sich über die Entwicklung, die eine Kehrtwende der CDU darstellt. Die BGS ist auf den Auwald erstmalig aufmerksam geworden durch den Flugplatzausbau und die damit verbundenen Eingriffe. Er kritisiert die Vernichtungspolitik in den vergangenen 10 Jahren, getragen von der Mehrheit der Wirtschaftlichkeitsbefürworter.

Herr Popescu ist froh darüber, dass die drohende Verhärtung der Fronten damit aufgelockert werden kann. Naturerziehung begrüßt er, äußert sich aber kritisch gegenüber Naturtourismus.

Auch Herr Dr. Mohler begrüßt den Antrag. Das von der Forstverwaltung vorgebrachte Kostenargument sticht im Zusammenhang mit dem wertvollen Auwald nicht.

Herr Czerny weist darauf hin, dass BUND und die anderen Umweltorganisationen maßgeblich an dem jetzigen Erfolg beteiligt sind.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt auf Antrag der CDU-Fraktion und Ergänzung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig:

Im Forsteinrichtungswerk 2015 - 2025 ist für den südlichen Auwald eine weitgehende Naturwaldentwicklung festzulegen. Maßnahmen zur Verkehrssicherung entlang des Rheinhauptdeichs und entlang der Wege sollen zulässig sein. Maßnahmen der Hege und Pflege, insbesondere zur Wiederherstellung, zum Erhalt und zur Verbesserung der ökologischen Qualität von nicht mehr naturnahen Flächen, sind mit dem Ziel der weitest gehenden Erhaltung bzw. Wiederherstellung einer naturnahen Hartholzauwe ebenfalls zulässig. Sie bedürfen, möglichst auf der Grundlage eines Jahresprogramms, nach Anhörung des Naturschutzbeirats der Zustimmung des Umweltausschusses.

Im Rahmen des Forsteinrichtungswerkes soll ein Wegekonzept erarbeitet werden, das dem besonderen Schutzstatus dieses Gebietes entspricht und gleichzeitig die Zugänglichkeit für fußläufige Waldbesucher weiterhin ermöglicht. Es soll geprüft werden, ob und ggf. welche Waldwege stillgelegt oder verkleinert werden können.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Land über die Begleitung der Naturwaldentwicklung durch ein Monitoring zu verhandeln, das entweder im Auftrag des Landes oder mit finanzieller Förderung durch das Land im Auftrag der Stadt durchgeführt wird.

**Gegenstand: Touristenführung;  
Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 21.01.2015  
Vorlage: 1472/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu Frage 1.) *Wie ist der momentane Stand der Arbeiten an dem Konzept?*

Das Vorhaben hat nicht die höchste Priorisierung. Das Ergebnis des Stadtmarketings sollte abgewartet werden.

zu Frage 2.) *Wäre es nicht sinnvoll, alle wichtigen Sehenswürdigkeiten mit Hilfe von QR-Codes auf die sehr ausführlichen und schön bebilderten Internet-Seiten der Stadt zu verlinken?*

Hierbei gibt es noch technische Verlinkungsprobleme mit den verschiedenen Webseiten.

zu Frage 3.) *Wäre es nicht sinnvoll, alle Apps, die zu Speyer existieren, auch auf den städtischen Seiten zu verlinken?*

Auch hier existiert noch eine technische App-Schnittstellen-Problematik.

zu Frage 4.) *Liegen der Stadt Informationen über den Kostenaufwand für die Verbesserung und Erweiterung der Touristenführung bzw. von QR-Codes vor, und wie sind die Erfahrungen oder Erwartungen bei der Beteiligung Dritter für die Finanzierung?* Konkrete Kosten hierfür sind noch nicht ermittelt

zu Frage 5.) *Könnte sich der Anbieter der kostenlosen Internet-Hotspots der Stadt Speyer möglicherweise auch als Sponsor QR-Code-Auszeichnungen gewinnen lassen?*

Dritte haben sich bisher noch nicht besonders interessiert an finanzieller Beteiligung gezeigt. Man kann den Netzbetreiber aber darauf konkret ansprechen.

**Gegenstand: Anfrage "Runder Tisch Asyl";  
Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion vom 27.01.2015  
Vorlage: 1477/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu Frage 1.) *In welchem Turnus tagt der „Runde Tisch Asyl“ und welche Akteure werden dazu regelmäßig eingeladen?*

Der Runde Tisch Asyl wurde erstmals am 05.09.2013 durch den OB zusammengerufen und tagt nicht im regelmäßigen Turnus sondern orientiert an neuen Entwicklungen oder Bedarfen. Er hat außerdem getagt am 05.11.2013 und am 20.10.2014. Eingeladen waren von Anfang an die Herren Bischof Dr. Wiesemann, Kirchenpräsident Schad, die Vertreter der Wohnungsbaugenossenschaften von GEWO, GBS und GSW, die Vorsitzende des Beirats für Integration und Migration, die Fachbereichsleitungen 1, 2, 4 und 5 (Schneider, Zander, Völcker und Reif), der Dienststellenleiter der PI Speyer, Herr Wehrleiter Hopp. Außerdem Frau Bürgermeisterin Kabs, Herr Dr. Nowack, Frau Gonsior. Die beiden Kirchenoberen wurden dabei jeweils vertreten (Rainer Schott als Migrationsbeauftragter der Landeskirche, Bernward Hellmanns in gleicher Funktion für den Caritasverband). Die genannten Personen wurden als Multiplikatoren in die jeweiligen Organisationen angesprochen.

zu Frage 2.) *Gibt es Akteure, die aufgrund von Erfordernissen eingeladen werden? Wenn ja, welche?*

Da der Runde Tisch Asyl sich eben an die Multiplikatoren richtete, wurden themenabhängig keine weiteren Personen eingeladen. Die operative Umsetzung erfolgt über das Netzwerk Asyl unter Leitung von Frau Bürgermeisterin Kabs.

zu Frage 3.) *Welche unterstützenden Maßnahmen werden koordiniert und auf welche bereits vorhandenen Strukturen der Beratung bei Verbänden und Einrichtungen wird hierbei zurückgegriffen?*

Es bestand seitens des Runden Tisches Übereinstimmung, dass Maßnahmen zur Koordinierung der Aufgaben, des Einsatzes der ehrenamtlichen Helfer, der Hilfsangebote, der Zusammenführung der verschiedenen bestehenden dezentralen Beratungs- und Hilfeinrichtungen ergriffen werden müssen. Die Verwaltung würde begrüßen, wenn diese Koordinierungsaufgabe an zentraler Stelle eine besser strukturierte und weniger redundante Arbeitsweise erlauben würde und mittels der Bündelung aller Aktivitäten und Kontaktdaten ein reibungsloserer Organisationsablauf ermöglicht würde.

zu Frage 4.) *Welche Rolle spielt dabei das „Netzwerk Integration“?*

Das Netzwerk Integration war bislang hier nicht eingebunden. Auch hier sollte durch die Beteiligung der Vorsitzenden des Beirats von Anfang an sichergestellt werden, dass weitere Netzwerke entsprechend informiert und eingebunden werden.

zu Frage 5.) *Inwieweit sieht die Stadtverwaltung einen Bedarf separate Strukturen in einzelnen Stadtteilen aufzubauen?*

Gerade um Parallelstrukturen zu vermeiden und umfassenden

Informationsfluss sicherzustellen, hält die Verwaltung separate Strukturen in den Stadtteilen für ungünstig. Dies heißt nicht, dass nicht stadtteilbezogene Integrationsarbeit stattfinden soll. Es heißt vielmehr, dass die Akteure in den Stadtteilen über eine zentrale, in alle Stadtteile vernetzte Unterstützungsorganisation in ihrer Arbeit entlastet und gefördert werden sollen.

zu Frage 6.) *Um die Koordinierung des ehrenamtlichen Engagements zu verbessern, Parallelstrukturen zu vermeiden und zur Unterstützung des hauptamtlichen Personal schlägt die SPD-Fraktion vor, dass die/der Vorsitzende/r des Beirates für Integration und Migration als ständiger Teilnehmer/in zum Runden Tisch eingeladen werden soll. Wie beurteilt dies die Stadtverwaltung?*  
Der Beirat war über seine Vorsitzende von Beginn an zum Runden Tisch eingeladen.

zu Frage 7.) *Wir bitten um einen aktuellen Stand, welche Räumlichkeiten zukünftig zur Unterbringung von Asylsuchenden genutzt werden. Welche Kosten kommen hierbei auf die Stadt zu, die nicht seitens des Landes und/oder des Bundes übernommen werden?*

Zukünftig ist geplant, Asylsuchende im Gebäude Engelsgasse (100-120 Personen) und in einem oder zwei Gebäuden der Kurpfalzkasernen unterzubringen. Für beide Unterbringungsmöglichkeiten gehen wir momentan davon aus, dass kein Mietzins an den/die Eigentümer zu zahlen ist. Kosten die nicht seitens des Landes/Bundes übernommen werden entstehen in diesen zukünftigen Unterbringungsmöglichkeiten, für die Renovierung und Einrichtung dieser Objekte. Weitere zukünftige Unterbringungsmöglichkeiten entstehen in einem Einfamilienhaus in der Julius-Leber-Straße (Mietvertrag mit der Ev. Kirche liegt noch nicht vor), in einer Wohnung Am Stöckelgraben und zwei Wohnungen Am Renngarten (Mietverträge sind zum 15.02. bzw. 01.03.15 unterschrieben). Hier entstehen teilweise ungedeckte Kosten für die Mietzahlungen, kleinere Renovierungsarbeiten in der Wohnung Am Stöckelgraben und in der Julius-Leber-Straße sowie Kosten die Einrichtung der beiden Wohnungen.

Ein weiteres in Aussicht gestelltes Objekt befindet sich in der Rheintorstraße. Hier könnten in 6 Wohnungen ca. 30 Personen untergebracht werden. Über evtl. anfallende ungedeckte Kosten kann hier noch keine Aussage getroffen werden.

zu Frage 8.) *Wäre es möglich den „Runden Tisch Asyl“ in einen „Runden Tisch Flüchtlingshilfe“ umzubenennen? Die SPD-Fraktion möchte diese Umbenennung anstoßen, da unserer Meinung nach das Wort „Flüchtlingshilfe“ dem breiten Spektrum an Maßnahmen, die es in Speyer gibt, gerechter wird. Zumal das Wort „Asyl“, insbesondere umgangssprachlich negativ besetzt ist. Der Titel „Runder Tisch Asyl“ sollte aus juristischen Gründen so belassen bleiben. Asylsuchende werden uns als Stadt als „Asylbewerber/innen“ zugewiesen. Wird ihr Asylantrag abgelehnt, erhalten z.B. Syrer den Flüchtlingsstatus und erlangen dadurch eine Aufenthaltsgenehmigung. Allerdings sind sie als „Flüchtlinge“ keine Kunden des FB 4 (der Stadt) mehr, sondern werden vom Jobcenter betreut und versorgt. D.h. die Gruppe der Flüchtlinge schließt die Asylsuchenden nicht ein (und umgekehrt), daher wäre der Titel „Runder Tisch Flüchtlingshilfe“ rechtlich unkorrekt. Einen solchen „Runden Tisch Flüchtlingshilfe“ müsste dann streng genommen das Jobcenter einberufen, nicht die Stadt.*

**Gegenstand: Anwesen Tränkgasse 1 a;**  
**a) Anfrage der Stadtratsfraktion Die Linke vom 29.01.2015**  
**b) Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke vom 29.01.2015**  
**Vorlage: 1481/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Förster bezeichnet die Argumentation der Verwaltung in seiner mündlichen Begründung als nicht stichhaltig und fordert, Zusagen an die Jugendlichen einzuhalten.

Der Vorsitzende beantwortet den Anfrageteil wie folgt:

zu Frage 1.) *Warum wurde das Anwesen in der Tränkgasse nicht schon früher betreffs einer Nutzung als Jugend- und Kulturzentrum geprüft, insbesondere im Rahmen der Prüfung verschiedene Lokalitäten im Rahmen der Anfrage 0538/2011?*  
Eine Prüfung hat stattgefunden. Aufgrund der baulichen Situation und der Nachbarschaftslage ist das Objekt allerdings nicht für eine solche Nutzung geeignet.

zu Frage 2.) *Mit welcher Begründung soll erneut ein innerstädtisches Gelände im Eigentum der Stadt verkauft werden, öffentlicher Raum erneut ohne Not privatisiert werden, nachdem bereits der Verkauf der Ludwigsstraße 13 die Bürgerinnen und Bürger der Stadt ohne jede Notwendigkeit um ihr Eigentum gebracht hat zugunsten ebenso kurzfristiger wie kurzfristiger Verkaufserlöse?*  
Die Verkehrssicherheit des Objektes ist nicht mehr gewährleistet. Eine Parallele zur Ludwigstraße kann nicht gezogen werden. Dort waren die Verhältnisse genau anders herum; der Rat stimmte einer Sanierung und Nutzung durch die Verwaltung nicht zu, obwohl Fördermittel zur Verfügung standen.

zu Frage 3.) *Einer gemeinnützigen Verwendung des Anwesens als städtisches Eigentum steht nichts im Wege, wieso sollte es erst verkauft werden müssen um dort kulturelle Nutzung zu ermöglichen?*  
Es geht um eine kombinierte Nutzung sowie Ansiedlung und Wirtschaftsförderung. Für gemeinnützige Einrichtungen ist das Objekt wegen des Bauzustands und der fehlenden Infrastruktur nicht geeignet.

zu Frage 4.) *Ist es im Sinne eines nachhaltigen Stadtmarketings nicht kontraproduktiv, öffentlichen Raum, der zur freien Nutzung kulturschaffenden Kräften zur Verfügung zu stellen wäre, an private Käufer abzugeben, selbst wenn vordergründig Auflagen für eine gemacht werden?*  
Auch für Kulturschaffende ist das Objekt im gegenwärtigen Zustand nicht nutzbar.

zu Frage 5.) *Wie sollen die begrenzenden Auflagen der Stadt durchgesetzt und deren Einhaltung geprüft werden, wenn bei der Verwaltung beständig neu zu besetzende Stellen nicht aufgefüllt werden aus einem falsch verstandenen Sinn der Sparsamkeit?*  
Dies kann nicht nachvollzogen werden. Die Auflagen werden dinglich gesichert, eine rund-um-die-Uhr-Überwachung ist nicht notwendig. Es geht um die Prüfung des Nutzungskonzepts.



zu Frage 6.) *Wie stellt sich die Stadtführung künftig eine vertrauensvolle politische Kultur der Teilhabe auch und gerade der Jugend vor, wenn nun, wie in den Verkaufsplänen der Tränkgasse sichtbar wird, die Wünsche und Forderungen von Jugendlichen nicht nur nicht ernstgenommen sondern ausgesessen und mit Verachtung gestraft werden?*

Der Bewertung der Linken wird nicht gefolgt. Anhand einer Aufzählung wird das vielfältige Angebot in Speyer für die Jugend dokumentiert.

**Beschluss:**

Der Antrag der Fraktion Die Linke findet mit 7 Ja-Stimmen (Fraktion Linke, BGS-Fraktion, Teil Fraktion B90/Grüne), bei 2 Enthaltungen (Jaberg – B90/Grüne, Röbosch – REP) nicht die erforderliche Mehrheit und wird mit 29 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt.

**Gegenstand: Güterverkehr auf der linksrheinischen Bahnstrecke;  
Resolutionsantrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 30.01.2015  
Vorlage: 1482/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung erfolgt durch Herrn Dr. Wilke. Die Mittelrheinproblematik sei jetzt mit dem Bahnprojekt "kleine Pfalzlösung" und einer Umleitung eines Teils des Bahngüterverkehrs durch Speyer, auch während der Nachtstunden, hier in der Region angekommen. Diese wäre noch in einem frühen Stadium mit einem Realisierungszeitraum nach 2025. Mit der Resolution reiht sich Speyer in eine ganze Bewegung in der Region von Schifferstadt bis Würth ein.

Die Linke sieht den Grund für den Bahnlärm in der Privatisierung der Bahn und den damit verbundenen Sparmaßnahmen an der Technik. Herr Förster hält eine Resolution für nicht sinnvoll.

Herr Schütt erinnert an die Beschlusslage zu Resolutionen im ÄR und kritisiert den Alleingang der CDU. Bündnis 90/Die Grünen sprechen vom "St.-Florians-Prinzip" im Zusammenhang mit der Forderung nach Umlagerung von Verkehr auf die Schiene bei gleichzeitiger Entlastung pfälzischer Strecken zu Lasten der badischen Trasse. Er beantragt, die Entscheidung zurückzustellen, bis genaue Informationen vorliegen.

Der Vorsitzende sieht eine kommunale Bedeutung. Von den 3 denkbaren Varianten scheidet die "große Pfalzlösung" an zu hohen Investitionen, rechtsrheinisch macht der Ausbau Probleme, daher hat die sog. "kleine Pfalzlösung" die erste Priorität.

Herr Beigeordneter Scheid erinnert ergänzend an den Lärmaktionsplan der Stadt Speyer für die ohnehin über 30.000 Zugbewegungen im Jahr. Er sieht einen erheblichen Lärminderungsaufwand für 40 weitere Güterzüge pro Tag.

Für die SPD handelt es sich laut Herrn Feiniler um ein komplexes Thema, zu dem auch schon mehrfach im Landtag Anfragen eingebracht wurden. Die Region muss sich allerdings auch an der eigenen Nase fassen, da im Rahmen der Metropolregion Rhein-Neckar eine Verteilung des Güterverkehrs befürwortet wurde. Der Ausbau der rechtsrheinischen Trasse wurde bereits 1996 mit der Schweiz vereinbart. Die SPD wird die Resolution mittragen, wenn eine Ergänzung zur Frage der Kapazitätsberechnungen für die Strecke aufgenommen wird. Er wiederholt die Forderung der SPD nach einem Containerumschlag am Neuen Rheinhafen

Die MRN hat laut Vorsitzendem der kleinen Pfalzlösung als Ausweichstrecke für Spitzenbelastungen und Baumaßnahmen zugestimmt. Daimler-Benz ist nach Inbetriebnahme des Kompetenzcenters 2015/16 an einer Containerverschiffung interessiert. Ein Anschreiben an die Bahn zu dem Themenkomplex ist noch nicht beantwortet worden.

Die BGS thematisiert durch Herrn C. Ableiter ebenfalls die Forderung nach Verlagerung von der Straße auf die Schiene. Ohne Güterzüge erhöht sich der Frachtverkehr auf A 61 und B 9. Daher ist nur ein Umbau auf leistungsfähigen Lärmschutz sinnvoll. Baumaßnahmen an den Straßenbrücken in MA werden zu einer Erhöhung des S-Bahn-Verkehrs in der Region führen, die keine große Steigerung des Güterverkehrs zulassen wird.

Die CDU-Resolution ist laut Herrn Dr. Wilke keine Absage an den Bahn-Güterverkehr, sondern soll zumutbare Rahmenbedingungen für die Speyerer Bürger schaffen,

verbunden mit der Forderung nach technischer Ausstattung der Waggonen auf den aktuellen Standard nach Schweizer Modell. Den Zeitpunkt zum Referentenentwurf sieht er als genau richtig an.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Absetzung des Tagesordnungspunktes findet mit 10 Stimmen (B 90/Grüne, BGS, Linke, REP) nicht die erforderliche Mehrheit und wird mehrheitlich abgelehnt.

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt dem Resolutionsantrag der CDU-Fraktion mehrheitlich zu (bei 10 Gegenstimmen: Fraktion B90/Grüne, BGS-Fraktion, Fraktion Die Linke, REP).

Der Resolutionstext wird um folgende Passage der SPD-Fraktion ergänzt:

Die Bahn soll öffentlich über ihre Pläne informieren und eine transparente Bürgerinformation gewährleisten. Dazu gehört auch die Information über die aktuellen Kapazitäten und Möglichkeiten der Inanspruchnahme der Strecke.

**Gegenstand:** "Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden"; gemeinsamer Resolutionsantrag der Stadtratsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der SWG  
**Vorlage: 1483/2015**

**Änderungsantrag zum gemeinsamen Resolutionsantrag der Stadtratsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der SWG durch die Stadtratsfraktionen von CDU und SPD**  
**Vorlage: 1483/2015/1**

Die Vorlagen sind dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende verweist eingangs auf die BVerwG-Grundsatzentscheidung Az. 7 C 37/89 vom 14.12.1990 zum kommunalen Selbstbefassungsrecht

Er fordert von den antragstellenden Fraktionen eine Spezifizierung in der Begründung, wer die "weiteren Gremien" konkret sein sollen. Außerdem hält er es für erforderlich, dass der Begriff "legitimierbare" unter Ziffer 3 durch "legitimierte" ersetzt wird.

Es schließt sich eine allgemeine mündliche Begründung durch Frau Münch-Weinmann an. Ansatz von Bündnis 90/Die Grünen war es, alle Fraktionen einzubinden, um nähere Informationen zu TTIP zu erhalten. Daher sollte die Resolution nach ihrer Auffassung in den Haupt- und Stiftungsausschuss zur Vorberatung verwiesen werden, um danach einen Ratsbeschluss fassen zu können.

Aus Sicht von Herrn C. Ableiter bestimmt das europäische Wirtschaftsrecht zunehmend die kommunale Daseinsvorsorge. Internationale Schiedsgerichte sind für die BGS weder legitimiert noch legitimierbar und damit ein Stück Gefahr für die Demokratie.

Herr Feinler widerspricht für die SPD der Behauptung, die Verhandlungen fänden hinter verschlossenen Türen statt. Zur 8. Gesprächsrunde seien alle NGOs eingeladen worden. Er mahnt zur Vorsicht, eine Gefahr für die demokratische Grundordnung heraufzubeschwören. Alle vorhandenen Informationen sind nach seiner Auffassung im Papier der Kommunalen Spitzenverbände und der Landesregierung zusammengefasst.

Herr Dr. Jung hält ein Plädoyer für eine Beteiligung an den Positionen der Spitzenverbände. Er erachtet die direkte Ansprache der politischen Interessenvertreter für sinnvoller als irgendwelche anonymen Kommissionen zu kontaktieren. Außerdem hinterfragt er den Sinn einer erneuten Vertagung. Auch der Vorsitzende hält ein konzertiertes Vorgehen der Kommunen gegenüber internationalen Einrichtungen für notwendig.

Die Linke ist laut Herrn Förster dagegen der Auffassung, dass Kommunen auf völkerrechtliche Verträge keinen Einfluss mehr nehmen können. Er würde es begrüßen, wenn Speyer eine eigene Position beziehen und sich nicht hinter den großen Dachverbänden verbergen würde. Herr Popescu richtet einen historischen Blick auf den Antrag. Er betont, die Gespräche finden hinter verschlossenen Türen statt und schaffen ein paralleles Rechtssystem, das möglicherweise schwerwiegende Auswirkungen auf unsere kommunale Auftragsvergabe haben kann. Der gemeinsame Antrag wurde wieder in letzter Sekunde von SPD/CDU umgedeutet. Dann muss eben im Haupt- und Stiftungsausschuss eine gemeinsame Position erarbeitet werden.

**Beschluss:**

Die Anträge der Stadtratsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der SWG sowie von CDU und SPD werden zur weiteren Beratung in den Haupt- und Stiftungsausschuss verwiesen (einstimmig, bei 1 Enthaltung – Peterhans, FDP).

Protokollnotiz: Jedes Mitglied informiert sich vorab selbständig über die Veröffentlichungen der Europäischen Union.

**Gegenstand: Kindertagesstättenbedarfsplanung 2014/2015ff. – Fortschreibung  
Städt. Kindertagesstätte - Standort „Seekatzstraße“  
Vorlage: 1466/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende informiert über die elektronische Zusage der Ministerin zur Verbescheidung der Fördermittel auch für die neue Planung. Damit kann die Kindertagesstätte hinter der Jugendförderung neu gebaut werden, wie in der Ratssitzung am 17.12.2014 bereits vorgestellt.

Mit dem Beschluss für den neuen Standort sollte gleichzeitig die Aufhebung des Reithallenbeschlusses vom Juli 2014 einhergehen. Das Ergebnis der Verhandlungen über einen Verkauf der Reithalle wird dem Rat zu gegebener Zeit vorgelegt.

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig:

1. Die Stadt Speyer wird beauftragt, am Standort „Seekatzstraße“ eine 6-gruppige Kindertagesstätte in städt. Trägerschaft zu errichten.

Die Bau- und Ausstattungskosten (ggf. Mietkosten) sind durch die Stadtverwaltung Speyer in den Haushalt 2016ff. einzubringen.

Die Landeszuwendungen im Rahmen der Investitionskostenförderung Kindertagesbetreuung sind beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung zum Stichtag 15.04.2015 zu beantragen.

Die Stellungnahme der ADD gem. VV Nr. 3.5.1 Teil II zu § 44 LHO ist vorab einzuholen.

Über die Struktur der Gruppen wird im Rahmen der weiteren Planung entschieden.

Der Jugendhilfeausschuss wird in den nächsten Sitzungen fortlaufend über den aktuellen Planungsstand informiert.

2. Gleichzeitig wird der Ratsbeschluss vom 24.07.2014 (TOP 9, Vorlage Nr. 1319/2014) aufgehoben.

7. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.02.2015

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

---

**Gegenstand:**    **Rechtsverordnung über die Beförderungsentgelte und  
Beförderungsbedingungen für den Taxenverkehr in der Stadt Speyer  
Vorlage: 1470/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der der Rechtsverordnung zur Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen in der vorgelegten Fassung einstimmig zu.

7. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.02.2015

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

---

**Gegenstand: Entwurf der 2. Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms  
Rheinland-Pfalz (LEP IV)  
- Anhörungs- und Beteiligungsverfahren -  
Vorlage: 1476/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Stadtrat nimmt die Informationen zustimmend zur Kenntnis.



**Gegenstand:   Gegenstand: Gesunde-Städte-Netzwerk;  
                  Bezug: Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 08.09.2013,  
                  Vorlage: 1150/2013  
                  Vorlage: 1463/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Dr. Montero-Muth bedauert, dass eine Aufnahme in das WHO-Netzwerk nicht realisiert wird. Sie stellt einen Vergleich mit anderen Projekten und auch mit anderen teilnehmenden Kommunen her.

Laut Vorsitzendem ist ein Bürgerinformationsblatt geplant, das einmal im Jahr an alle Bürgerinnen und Bürger verteilt werden soll, um über die Angebote in der Stadt zu informieren und den Durchdringungsgrad zu erhöhen.

Herr Schütt schlägt vor, dieses Thema an den Projektbeirat Stadtleitbild/-marketing geben; Herr Popescu äußert sich ähnlich.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Stadt Speyer unterstützt die Stärkung der Gesundheitsförderung im Rahmen des neuen Stadtmarketingkonzepts. Das Thema „Gesunde Stadt“ soll als Leitziel im Stadtmarketingprozess verankert werden.

Ein Beitritt zum Gesunde-Städte-Netzwerk ist derzeit nicht vorgesehen.

7. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.02.2015

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12

---

**Gegenstand: Beitritt zum Klima-Bündnis**  
**Vorlage: 1475/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt diesen Schritt durch Herrn Czerny ausdrücklich.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Mitgliedschaft der Stadt Speyer im Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder / Alianza del Clima e.V.

7. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.02.2015

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13

---

**Gegenstand: Berufung weiterer Mitglieder in den Beirat für Migration und Integration der Stadt Speyer**  
**Vorlage: 1478/2015**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Beirates für Migration und Integration beruft der Stadtrat einstimmig folgende Personen nach § 3 Abs. 1 S. 2 der Satzung der Stadt Speyer zur Einrichtung eines Beirates für Migration und Integration als weitere Mitglieder in den Beirat:

Herrn  
Michael Spirk  
Hetzelstraße 3  
67346 Speyer

Herrn  
Frank Arbogast  
Eugen-Jäger-Straße 8  
67346 Speyer

**Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen**  
**Vorlage: 1462/2015**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

1. Auf Vorschlag der DEHOGA:

<b>Gremium:</b>	<b>Mitglied:</b>
Beirat für Tourismus (6.):	<b>neu:</b> (für die Hotellerie) Marcus Hecker, Hotel Speyer am Technik Museum  <b>für:</b> Martin Reiter

2. Auf Vorschlag des Jugendstadtrates:

<b>Gremium:</b>	<b>Mitglied:</b>	<b>Stellvertreter(in):</b>
Jugendhilfeausschuss (12.):	<i>unverändert</i> <i>(Mika Wagner)</i>	<b>beratende Mitglieder</b> <b>neu:</b> <b>Jugendstadtrat</b> Laura Busch, Josef-Schmitt-Straße 2 67346 Speyer  <b>für</b> Sharon Clergett

3. Auf mündlichen Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

<b>Gremium:</b>	<b>Mitglied:</b>	<b>Stellvertreter(in):</b>
Umlegungsausschuss im Vollzug des BauGB (27.):	<i>unverändert</i> <i>(Dr. Owe Lorenz)</i>	<b>neu:</b> Johannes Jaberg  <b>für</b> -

7. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.02.2015

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 15

---

**Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO**  
**Vorlage: 1479/2015**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

7. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.02.2015

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16

---

**Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern**

Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern liegen nicht vor.

7. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.02.2015



7. Sitzung des Stadtrates 11.02.2015 **Hansjörg Eger**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!